

Diskussion über Staat und Religion

Eine solche lief am 1. März 2018 unter dem Titel "Wie viel Religion verträgt der Staat?" in Salzburg ab, es diskutierten Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, der Politologe Anton Pelinka, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Ibrahim Olgun, Josef Bruckmoser (Salzburger Nachrichten), und die Biochemikerin Renee Schröder, der ORF berichtete auf seiner Religionsnachrichtenseite am 2.3. darüber, hier der ORF-Text mit atheistischen Anmerkungen, allerdings erst am 10.3. zuendebearbeitet:

Experten: Verhältnis Staat-Religion in Österreich gut.

Das Verhältnis, das die Republik Österreich zu den anerkannten Religionsgesellschaften und Glaubensgemeinschaften hat, kann als vorbildlich gelten.

Betont wurde von den vor allem das Kooperationsverhältnis, welches zwar auf einer richtigen und wichtigen Trennung von Religionen und Staat basiere, diese aber nicht absolut setze, sondern Kooperationen zum Wohl der Bürger zulasse.

Da ist es wohl schon klar, worum es in der Diskussion ging: um die Sozialdienstleistungsfirmen der Kirchen. Weil das ist immer der Bereich, den die Kirchen berühren, wenn es um die säkulare Wirklichkeit geht...

Schipka: Nicht auf Religion verzichten

Der Staat könne weder aus legitimen noch aus gesellschaftlichen Gründen auf eine Kooperation mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften verzichten, führte Generalsekretär Schipka aus. Denn würde er - trotz seiner Verpflichtung zur prinzipiellen Neutralität - den Religionen eine Grenze setzen wollen, so würde dies notwendigerweise einem Verstoß gegen die Religionsfreiheit und somit einem Verstoß gegen ein basales Menschenrecht gleichkommen.

Auch gesellschaftlich könne der Staat nicht auf die Religionen verzichten, "insofern Staatsbürger in einem säkularen Verfassungsstaat nicht nur Rechtsunterworfenen sind, sondern auch als Autoren des Rechts angesehen werden müssen". Somit hätten "auch religiöse Bürger das Recht, aus ihrer Weltdeutung heraus staatliches Recht mitzugestalten".

Dass Religion in Wirklichkeit längst zu einer Privatsache geworden ist, nehmen die kirchlichen Agitatoren natürlich nicht wahr. Und darum wäre es auch längst angebracht, dass z.B. die Kirche die Abrichtung des Mitgliedernachwuchses selber macht und nicht kostenfrei ins staatliche Schulwesen auslagern kann. Schließlich wird ja auch kein Kind aus einer ÖVP- oder SPÖ-Familie im Schulunterricht für die Mitgliedschaft in der Jungen ÖVP oder in der SJ vorbereitet. Und niemand hat gefordert, zu verbieten, dass religiöse Politiker politisch tätig sein dürfen. Aber es wäre wohl nützlich, wenn sich andere Parteien, beispielsweise die Sozialdemokratie, gegen die christliche Politik hin und wieder ein bisschen vernehmbar melden täten. Bekanntlich beruht christliche Politik allein auf dem Bibelvers Matthäus 25, 29: "Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat". Das lässt sich in Österreich seit zwanzig Jahren sogar statistisch nachweisen, die arbeitende Bevölkerung verdient real netto maximal dasselbe wie vor dem EU-Beitritt, die Multimillionäre wurden viel multimillionärer!

Neutralität des Staates "Errungenschaft"

Die prinzipielle weltanschauliche Neutralität des säkularen Rechtsstaates müsse man indes aus christlicher Sicht willkommen heißen, ermögliche doch erst sie wirkliche Freiheiten sowohl für die Religionen als auch für den Staat. Insofern sei der säkulare Staat eine "zivilisatorische Errungenschaft". Der säkulare Rechtsstaat müsse aber in dem Maße die Religionsfreiheit "nicht nur respektieren, sondern garantieren", in dem Religion ein bestimmender Faktor des alltäglichen Lebens seiner Bürger sei, so Schipka weiter.

Diese Aufgabe gelte nicht exklusiv für eine bestimmte Religion, sondern "für alle religiösen Bekenntnisse". Religionsfreiheit sei schließlich "ein Menschenrecht, das jedem Einzelnen zusteht" - und bei dem es entsprechend "kein ‚Zuviel‘" geben könne. So könne gelten, dass der Staat aus institutioneller Sicht zwar keine Religion verträge, so Schipka in Anspielung auf die titelgebende Frage der Veranstaltung; dies schließe aber eine "Kooperation in Freiheit nicht aus, sondern vielmehr ein".

Aha, deswegen müssen dann die christkatholischen Nachwuchslinge auf Staats- und nicht auf Kirchenkosten ausgebildet werden? Die Kirche nimmt und sagt nicht einmal Dankeschön für die reichlichen Verabreichungen, sondern sieht das als Bestandteil des säkularen Staatswesens. Das alleine beweist schon: ein säkulares Staatswesen gibt's in Österreich nicht! Die Kirche ist eben so frei, sich auf möglichst ausgiebige Weise an "Kooperationen" zu bedienen. Die kirchlichen Kooperationsangebote betreffen Gebiete, wo die Kirche ein Angebot stellen kann und der Staat und andere öffentlichen Einrichtungen wie Krankenkassen und letztlich die Benutzer alles zahlen dürfen. Wo da die Neutralität des Staates sein wird?

Pelinka: Modell "sehr vernünftig"

Der Politologe Anton Pelinka zeigte sich erfreut über diese Aussage Schipkas - vor einem halben Jahrhundert seien solche Sätze, die die Autonomie des Staates als Errungenschaft auch gegen religiöse Vereinnahmungsversuche verteidigen, aus dem Munde katholischer Amtsträger undenkbar gewesen.

Auch Pelinka würdigte in seinem Statement das österreichische kooperative Modell von Staat und Religionen als "sehr vernünftiges und pragmatisches Instrument". Für den Staat habe das Modell "eindeutig mehr Vor- als Nachteile", insofern die Religionsgemeinschaften gerade auch im Bildungs- und Fürsorge- und Sozialbereich den Staat auch maßgeblich entlasten, so der Politologe.

Na, was will er machen, der Bischofsprecher? Die Rückkehr vom Dollfuß erleben? Aber dass ein Politologe wie Pelinka Aussagen zu den Religionsgemeinschaften im Bildungs- und Fürsorge- und Sozialbereich macht und sich offensichtlich damit gar nicht befasst hat, stimmt mehr als bedenklich! Es stimmt, die katholische Kirche betreibt eine Reihe von Privatschulen, dorthin können Bessergestellte ihre Kinder verlagern, damit sie nicht das desolater österreichische Schulsystem mitmachen müssen. Die Kosten dafür verteilen sich so: die Lehrkräfte zahlt der Staat, die Eltern zahlen alles andere. Und die Kirche? Die zahlt nichts. Aber sie kann damit ihren gesellschaftlichen Einfluss im Bereich der gehobenen Schichten besser beibehalten! Anders ist es auch im Fürsorge- und Sozialbereich nicht, der Betrieb dort wird ebenfalls aus öffentlichen Mitteln und fallweise (Altersheime) von den Nutzern finanziert. Das könnten öffentlich-staatliche Einrichtungen genauso machen, in verstaatlichten kirchlichen Krankenhäusern, Pflegeheimen usw. würde es dasselbe kosten.

Henhapel: "Leistungen der Religion unbezahlbar"

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam bereits in einem Statement am Nachmittag bei einer vorausgegangenen Tagung zu einem ähnlichen Thema der Leiter des Kultusamtes im Bundeskanzleramt, Oliver Henhapel: Der säkulare Rechtsstaat könne "objektiv nicht absolut neutral sein" - eine Kooperation mit den Religionen und Kirchen sei allein schon zur Durchsetzung der staatlichen Regeln für eben diese Religionen und Kirchen "unverzichtbar".

Außerdem sei der neutrale Staat auf Gemeinschaften angewiesen, "die umfassende werthaltige Konzepte in die Gesellschaft einbringen" - auch hier seien die Kirchen und Religionsgemeinschaften wichtige Player. Und so könne gelten: "Wenn die Kirchen und Religionsgemeinschaften Leistungen im öffentlichen Interesse erbringen, so sind sie materiell wertvoll für den Staat; ihre ideellen Leistungen sind für den Staat unbezahlbar."

Der kennt sich wenigstens aus, die Kirche bringt nur ideelle Leistungen! Welche werden das wohl sein? Geistliche Krankenschwestern? Lächeln die freundlicher? Kosten tun sie dasselbe! Denn sie verrichten zwar eine Art Sklavenarbeit für ihre Orden, aber der öffentlichen Hand werden die normalen Lohnkosten verrechnet. Was sind diese ideellen Leistungen? War jetzt mit meinen Herzproblemen einige Mal kurzzeitig in Spitälern, jeweils nach Aufnahmedienst in kirchlichen und staatlichen. Der einzige ideelle Unterschied der wahrnehmbar war: in den kirchlichen Spitälern zogen die Schwestern in der Aufnahme bei der Antwort "nein" auf die Frage nach der Religion ein Schnoferl¹. Es stimmt allerdings, diese ideellen Gesichtsausdrücke blieben unbezahlt, denn Gebühren wurden für die Schnoferl keine berechnet! Sonst war nicht das allergeringste unbezahlbare Ideelle wahrnehmbar.

Olgun: "Viele gemeinsame Ziele"

Dankbar für das österreichische Modell zeigte sich auch der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ), Ibrahim Olgun. Es sei "wichtig, dass es eine Kooperation des Staates mit den Religionen gibt, da wir viele gemeinsame Ziele haben", so Olgun. Auch wenn es Rückschläge gebe wie die Einführung des Verschleierungsverbotes, welches viele Muslime in Österreich als Einmischung in die inneren Angelegenheiten empfunden hätten, so seien die Muslime doch prinzipiell "sehr zufrieden" mit der österreichischen rechtlichen Situation.

Ebenfalls bereits im Rahmen eines Statements bei der vorausgegangenen Tagung am Nachmittag hatte Olgun zur veränderten Situation für die Muslime seit Inkrafttreten des neuen Islamgesetzes 2015 Stellung genommen. Das Gesetz habe viel Kritik aus der muslimischen Community erfahren, räumte Olgun ein, auch hätte man von Seiten der IGGÖ "die Verhandlungen besser, professioneller führen können", etwa indem man die Moscheevereine viel früher in die Verhandlungen eingebunden hätte. So wären manche Irritationen und Ärgernisse zu vermeiden gewesen.

Da haben wir eh einen Bundespräsidenten, der sich Sorgen um die Islamophobie macht und darum im April 2017 zur Solidarität² aller österreichischen Frauen mit dem Islamkopftuch aufrief. Das Verschleierungsverbot gab's trotzdem, aber Grüne gibt's jetzt im österreichischen Parlament nimmer! Denn der Aufruf des van der Bellen, alle Frauen sollten Kopftücher tragen, damit sich die Leute nimmer vorm Islam fürchten³, war im Publikum nicht so gut angekommen, die Grünen stürzten bei den Umfragen ab und schafften es, dies bis zur Wahl im Oktober 2017⁴ entsprechend auszubauen. Worüber sich der islamische Obermufti genau beklagt, geht aus dem Text nicht hervor. Es wird wohl zuwenig Scharia in Österreich geben und zu oft zuviel Islamkritik statt unterwürfigem Islamrespekt.

Innermuslimische Modernisierungsprozesse

Problematisch bleibe für viele Vereine weiterhin die verlangte Eingliederung unter dem Dach der IGGÖ sowie das Verbot der Auslandsfinanzierung, was vor allem die Türkisch-islamische Union ATIB und ihre Imame vor Probleme stelle, so Olgun. Hier wäre eine gesetzliche Übergangsfrist sinnvoll gewesen.

Zugleich habe das neue Islamgesetz aber auch wichtige innermuslimische Modernisierungsprozesse angestoßen und "den innermuslimischen Dialog gestärkt". Eines der Resultate sei etwa ein neuer gemeinsamer Kriterienkatalog für Moscheegemeinden bzw. Moscheen, der der Qualitätssicherung in den Gemeinden diene. Das Verbot der Auslandsfinanzierung wiederum habe einen Prozess der Modernisierung der Finanzgebarung innerhalb der IGGÖ in Gang gesetzt. Auch gebe das neue Gesetz der Glaubensgemeinschaft wesentlich größere Kontroll- und Durchgriffsrechte für die einzelnen Moscheegemeinden - allerdings mit dem Hinkelfuß, dass dies auch einen enormen personellen Mehraufwand mit sich bringe.

¹ Für Unösterreicher und Nichtbayern: österr. Dialekt, kommt von "schnaufen", "Schnoferl ziehen" = beleidigtes Gesicht machen

² siehe "Unverzeihlicher Beller von van der Bellen" - <https://www.atheisten-info.at/infos/info3559.html>

³ Islamophobie heißt schließlich übersetzt Islamangst, sich vor dem Islam zu fürchten hat also den Namen einer Angstkrankheit, aber die Menschen werden nicht durch noch mehr Islamismus davon geheilt...

⁴ <https://www.atheisten-info.at/downloads/Nationalratswahl2017.pdf>

Schau dir das an! Das Verbot der Auslandsfinanzierung ist jetzt eine Verbesserung? Auslandsfinanziert man heute nimmer? Und was kontrolliert die IGGIÖ in den Moscheevereinen?

Schröder attestiert latente Unmündigkeit

Zu einer erwartungsgemäß kritischeren Einschätzung kam die Biochemikerin Renee Schröder. Die Religionen würden zwar ohne Frage wertvolle Dienste auch im Interesse des Gemeinwohls leisten, zugleich aber störe sie "bei allen Religionen das Frauenbild", welches aus einem patriarchalen Gottesbild resultiere, sowie eine latente Unmündigkeit, der der Staat durch eine Erziehung zur Selbstverantwortung entgegenzutreten müsse.

In dem Kontext "outete" sich Schröder indes als Fan der Öko-Enzyklika "Laudato si" von Papst Franziskus: Sie stimme dem Papst zwar nicht zu, wo dieser die Schöpfung als Werk Gottes beschreibe, "aber ab Seite zwei, ab dem Moment, wo er den Menschen als verantwortlich für die Welt beschreibt, bin ich ganz bei ihm", so Schröder. Die Gottesvorstellung an sich stelle ihrer Ansicht nach jedoch eine Illusion dar, die sich der verhältnismäßig jungen, rund 70.000 Jahre alten menschlichen Fähigkeit verdanke, zu abstrahieren und "Dinge zu denken, die es nicht gibt". Diese Fähigkeit sei die Geburtsstunde der Kultur gewesen, aber zugleich wohl auch die Geburtsstunde der Religion.

Es war sogar eine säkulare Teilnehmerin dabei! Die Biochemikerin Renee Schröder ist ja schon mehrfach einschlägig aufgefallen. Schade, dass sie sich - wie Pelinka - nicht substanziell mit den angeblichen kirchlich-sozialen Wohltaten befasst hat.

Insgesamt betrachtet zeigt sich wieder einmal, dass die Stellung der Kirchen im säkularen Österreich sich alleine auf deren wirtschaftliche Tätigkeiten im medizinischen und sozialen Dienstleistungsbereich beschränkt. Dabei wird die diesbezügliche Werteschaffung durch die Kirchenbetriebe völlig überschätzt, kirchliche Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegeheime etc. leisten nichts anderes als diesbezügliche Einrichtungen im öffentlichen Bereich. Wirklich mehr wird nur im Privatschulbereich geleistet, weil man dort Probleme verursachende, der Unterrichtssprache fernstehende Schülergruppen nicht aufnimmt, einen besseren, im staatlichen Bereich nicht mehr existierenden leistungsorientierten Unterricht anbieten kann, dort sind die 14jährigen nicht zu 30 % Analphabeten. Das Schulsystem wurde dadurch in Österreich zur Klassenfrage, das allgemeine öffentliche Schulwesen wurde downgraded, das Privatsystem ist das Edelschulwesen für finanziell auserwählten Familien...

Welche Bedeutung die Religion für Menschen haben täte, wurde praktisch auch von Kirchenvertretern nicht ins Gespräch gebracht. Es ist eben Privatsache, religiös zu sein und davon psychische Gewinne zu erzielen oder dadurch an psychischen Ängsten zu leiden. Da es bereits Jahrzehnte her ist, dass Religionen (abgesehen vom Islambereich) im menschlichen Alltag eine tatsächlich wahrnehmbare Rolle spielen, ist in der Realität Religion eben endlich nichts Wichtiges mehr!